Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1930

133 (10.6.1930) Erwerbslosen-Tribüne

Visual Library

WAS UNS ARBEITSLOSE SCHREIBEN

Schon wieder? — Noch immer?

Ein Brief aus Zittau:

Ich bin auch nun schon wieder einige Wochen arbeitslos. Auf dem Stempelamt trifft man so allerhand Bekannte: ehemalige Schulkameraden, Lehrkollegen, Freunde. Kürzlich traf ich auch den Fritz, meinen liebsten Schulkameraden. Er hatte wie ich Schlosser gelernt und war auch schon ohne Arbeit gewesen. Ich dachte aber, er hätte nun wieder Arbeit gehabt. Auf meine Frage: schon wieder arbeitslos? sagte er: wieder? — noch immer! Und er zeigte mir seine Stempelkarte und ich konnte mich überzeugen: seit 1. 12. 28 Stempel an Stempel, ununterbrochen, lauter violette Zeichen mit roten oder blauen Strichen. Und dabei lacht er noch, dachte ich. Aber er lacht nur, um nicht zu schreien. Es bedarf nur eines kleinen Anlasses und er wird böse, die Verbitterung kommt aus ihm heraus und er rennt von seinen Freunden weg. Und ich dachte an mich, was aus mir selbst werden würde, nach vierzehn oder sechszehn Monaten Arbeitslosigkeit. Man muß ja verrückt werden ohne Arbeit.

*

Laßt uns nicht verlungern und verliedern!

Ein junger Ingenieur berichtet:

Nach 7½jähriger Lehr- und Lernzeit erreichte ich mein Ziel, ich war Ingenieur. Ich trat hinaus ins Leben voll Erwartungen und Freude. Schrieb Brief auf Brief, Bewerbung um Bewerbung. Die meisten blieben ohne Antwort. Viele Zeugnisse und Bilder gingen mir dadurch verloren. Noch ging ich nicht stempeln, aber immer mehr sank meine Hoffnung. Die Parole auf meine Bewerbungen lautete fast stets: Wir bedauern, Sie nicht einstellen zu können, weil ... Allmählich packte mich die Wut. ich schrieb nicht mehr, sondern ging aufs Arbeitsamt und meldete mich an. Aber auch hier nichts. Zerknirscht und verbissen gehe ich immer wieder dorthin, immer wieder umsonst. Ich hätte mir am liebsten etwas ins Gehirn gejagt!

Warum nimmt man die alten Leute über 50 Jahre nicht aus dem Wirtschaftsprozeß und gibt ihnen die Unterstützung, die wir bekommen, vielleicht auch noch etwas mehr. Stellt uns an deren Stellen und laßt uns nicht verlungern und verliedern. Wir wollen gerne arbeiten und verdienen. Sonst gehen wir noch auf die Landstraße und werden Vagabunden.

*

Die Not der Ausgesteuerten

Aus Löbau wird uns geschrieben:

Nach der Statistik der Arbeitsämter zählt man immer noch 2,7 Millionen Hauptunterstützungsempfänger. Diese Zahl ist zwar formell richtig, dazu kommen aber noch die Tausende derer, die von den Arbeitsämtern gar nicht mehr gezählt werden, weil sie ausgesteuert sind. Ein Teil von ihnen bezieht Wohlfahrtsunterstützung von den Städten und Gemeinden. Wie kärglich ist diese aber!

Ein lediger Ausgesteuerter erhält hier z. B. pro Woche 7,15 Mk., ein Verheirateter ohne Kind 10,30 Mk. Dann wird aber noch die Bedürftigkeit geprüft. Renten, Ersparnisse usw. kommen bei der Festsetzung der Unterstützung mit in Anrechnung. Verdient aber ein Mitglied eines Haushalts mehr als das, was als Höchstsatz für die ganze Familie die Wohlfahrtsunterstützung betragen würde, so erhält das ausgesteuerte Mitglied der Familie keine Unterstützung. Eine Frau von hier verdient sich 12 Mk. die Woche durch Waschen. Ihr Sohn ist ausgesteuert. Für zwei Personen würde die Unterstützung 10,30 Mk. betragen. Da die Frau aber 2 Mk. über den Höchstsatz für zwei Personen verdient, bekommt ihr Sohn nichts, sie muß ihn mit erhalten.

Diese Beispiele ließen sich massenhaft vermehren. Sie zeigen, in welcher entsetzlichen Not große Teile unseres Volkes leben müssen. Und trotzdem gibt es noch Leute, die sagen, es würde schon zuviel getan. Sie müßten selbst einmal mit den paar Pfennigen leben, dann würden sie empfinden, wo noch viel getan werden muß.

*

Wie sollen wir weiterleben?

Ein Bauarbeiter aus Köln schreibt:

Seit Dezember vorigen Jahres habe ich ein Einkommen von sage und schreibe 24,75 Mk. pro Woche. Ich habe ja das Unglück, drei schulpflichtige Kinder zu haben. Für fünf Personen also 24,75 Mk. die Woche, das sind 99 Mk. im Monat. Davon zahle ich für zwei Speicherzimmer 24,15 Mk. Miete. Brand und Beleuchtung und alles übrige zur Wohnung extra. Nun songe ich mit dem Uebrigen an zu rechnen, wie ich auskommen soll, aber dazu reicht eben mein Verstand nicht. Haben die Herren, die die Gesetze machen, nur für Kartoffeln und Heringe gerechnet?

Im vorigen Jahre hatte ich noch das Pech, 25 Wochen durch Krankheit und Erwerbslosigkeit zu feiern. In der übrigen Zeit konnte ich nicht soviel zurücklegen, um jetzt etwas zu haben. Ich schreibe diese Zeilen aus Verzweiflung, damit sie alle wissen, wie „gut" es uns Arbeitern geht: Erstens, miserable Wohnung; fünf Personen schlafen in einem Zimmer; zweitens Nahrungssorgen, drittens Kleidungssorgen, viertens, fünftens usw. Das andere Pech, das ich habe, ist, daß ich schon 52 Jahre alt bin. Wer gibt mir da Arbeit, trotzdem ich jede annehmen will?

*

Verbrechen an Arbeitslosen in der Hausindustrie

Aus Lausche schreibt uns ein Heimarbeiter:

Es ist scharf ausgedrückt, man kann es aber nicht anders nennen, was mit uns gespielt wird. Von Monat zu Monat wird die Arbeitslosigkeit bei uns größer. Wir erhalten die niedrigsten Unterstützungssätze, weil wir sonst schon für Hungerlöhne arbeiten müssen. Ich bekomme für mich und meine Familie die Woche 11,97 Mk. und davon müssen wir alles bestreiten, wenn wir auch beinahe verhungern.

Die Profitgier der Unternehmer findet keine Grenze. Es hat den Anschein, als ob die Verleger sich einen Stamm Arbeiter gezüchtet hätten, der für jeden Lohn seine Arbeitskraft preisgibt. Dazu werden zwölf und mehr Stunden täglich mit Frau und Kindern geschuftet, um sich etwas über Wasser zu halten. Betriebsarbeiter arbeiten dann noch bis spät nachts mit ihren Frauen und Kindern zu Hause. So schuftet also ein Teil ununterbrochen tags und nachts, während der andere Teil auf der Straße liegt.

Man bewilligt den Großagrariern im Osten immer wieder Millionen, während im Herzen Deutschlands ganze Industrien zugrunde gehen. Von der **Landwirtschaft** wird immer geredet in den Parlamenten, aber die Heimarbeiter läßt man im Elend verkümmern.

Rechtsecke der Erwerbslosen

Die Krankenversicherung des Arbeitslosen

Jeder Arbeitslose, der auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Unterstützung erhält, ist gegen Krankheit pflichtversichert. Bekommt ein Arbeitsloser keine Unterstützung mehr, dann ist die Reichsanstalt nicht mehr länger verpflichtet, für den Arbeitslosen die Pflichtbeiträge an die Krankenkasse zu zahlen.

Die Versicherungspflicht der Reichsanstalt beginnt mit dem Ablauf der Karenzzeit, d. h. nach Beendigung der vierzehn, sieben- oder dreitägigen Wartezeit. Erst mit dem Ende der Wartezeit beginnt für den Arbeitslosen die Krankenversicherung. Die Wartezeit ist also ein krankenversicherungsfreier Zeitraum, in dem sich der Arbeitslose am besten selbst versichert. Während dieser nicht versicherten Zeit hat er nur dann einen Leistungsanspruch aus der Krankenversicherung, wenn er in den vorangegangenen 12 Monaten über 26 Wochen oder wenn er vor diesem Jahr mehr als 6 Wochen gegen Krankheit versichert war.

Wird einem Arbeitslosen die Unterstützung aus irgendeinem Grunde zeitweilig entzogen, dann ist er auch während dieser Zeit gegen Krankheit versichert. Die Pflicht der Reichsanstalt, für den Arbeitslosen die Beiträge an die Krankenkasse zu zahlen, endet automatisch, wenn der Arbeitslose aus der Arbeitslosenversicherung ausscheidet. An dem Tage also, an dem der Arbeitslose die letzte Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung erhält, hört auch seine Mitgliedschaft in der Krankenkasse auf. Wird aber ein Arbeitsloser in den ersten drei Wochen seiner Aussteuerung krank, dann hat er noch einen Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse. Anders ausgedrückt: jeder ausgesteuerte Arbeitslose hat für die ersten drei Wochen im Falle seiner Krankheit noch Anspruch auf Krankenunterstützung.

Jeder ausgesteuerte Arbeitslose hat das Recht, sich freiwillig weiter in der Krankenkasse zu versichern. Er muß sich aber innerhalb 21 Tagen melden. Am besten ist es, die freiwillige Weiterversicherung schon in der ersten Woche nach dem Ausscheiden aus der Arbeitslosenversicherung zu beantragen. Nur bei Einhaltung dieser Frist bleibt die Versicherung bestehen, und der Arbeitslose hat weiterhin das Recht auf Krankenunterstützung.

Das Krankengeld des Arbeitslosen ist so hoch, wie seine Unterstützung, die er von der Arbeitslosenversicherung erhält. Auch die Angehörigen des Arbeitslosen erhalten Leistungen aus der Krankenversicherung, sofern die Krankenkasse in ihrer Satzung eine Behandlung der Angehörigen vorsieht.

Die Arbeitslosen werden im allgemeinen bei der Ortskrankenkasse des zuständigen Bezirks als Mitglieder angemeldet. Ist ein Arbeitsloser in einer anderen Kasse, und will er auch für die Zukunft bei ihr weiter versichert bleiben, so muß er — eine Woche nach der Arbeitslosmeldung — dies dem Arbeitsamt mitteilen.

In der Regel muß ein pflichtversicherter Arbeiter eine dreitägige Karenzzeit durchlaufen, ehe er in den Genuß von Krankengeld kommt. Ein kranker Arbeitsloser braucht das nicht, da er während der ersten drei Tage seiner Krankheit die Arbeitslosenversicherung weiterbeziehen kann.

Erwerbslosen-Tribüne

Informations ORGAN für Erwerbslose

Der Kampf um die 76 Mk.!

In Deutschland tobt ein Kampf um jene 76 Mk., die den **durchschnittlichen** Monatsunterstützungssatz des Erwerbslosen ausmachen. Er ist seit langem im Gange und nähert sich nach dem ersten, erfolgreich abgeschlagenen Angriff jetzt dem Höhepunkt des zweiten, noch wütenderen. Wohl kaum ist ein Kampf so ausdauernd, so erbittert und von seiten der Unternehmer so brutal durchgeführt wie dieser.

So ist die Situation: dem fürchterlichen Winter der Höchstarbeitslosigkeit ist ein nicht minder schreckliches Frühjahr gefolgt. Zwar hat die Zahl der Erwerbslosen jetzt um einige Hunderttausend abgenommen, aber sie ist immer noch fast doppelt so groß wie um die gleiche Zeit des Jahres 1929, und das ist es, was dieses Frühjahr schlimmer als den Winter erscheinen läßt: es ist so hoffnungslos. Es ist der ärgste Frühling seit dem Krieg.

Die tägliche trügerische Hoffnung ...

Die Ursachen? Zu den schon bestehenden: Rationalisierung, erhöhter Zustrom zum Arbeitsmarkt, sind neue schwerwiegende getreten: schwache Konjunktur, Wirtschaftsdepression. Ein Lebensnerv der deutschen Wirtschaft: der Baumarkt liegt gänzlich danieder.

Die teilweise verfehlte Rationalisierung hat in den letzten Jahren zwei Millionen Arbeitskräfte aus den Betrieben geworfen. Die Kartellpolitik der Unternehmer hat große Teile des Volkes so ausgeplündert, daß immer mehr Menschen, besonders Frauen, „die es nicht nötig hatten", jetzt Arbeit suchen. Der Schachtsche Kampf gegen die kommunalen Arbeitsbeschaffungs- und Baupläne hat Hunderttausenden das Brot genommen.

Jeder sozial Denkende wird es in solchen Notzeiten als gerecht empfinden, daß Staat und besitzender Bürger nach Vermögen helfen. Gewiß. Jedoch zählen jene, die jetzt das Reich regieren, und jene, die besitzen, nicht zu den sozial Denkenden. Und leider sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften noch nicht stark genug, sie zu zwingen.

Statt Arbeit oder Unterstützung zu schaffen, vereinen sich diese Staatsregierung und dieses Besitzbürgertum in dem edlen Bemühen, die Aermsten der Armen, die Schwächsten der Schwachen in die Knie zu zwingen. Mit allen Mitteln: Sie drohen mit der Sabotage der Versicherung; sie lassen durch die Reichsanstalt Vorschläge über den Leistungsabbau machen; sie versuchen durch Abtrennung und Ersatzkassen die Versicherung zu zerstückeln; ihr Dr. h. c. Stegerwald gräbt längst vergessene Verordnungen aus; der Reichssparkommissar wird bemüht: Tausende von Arbeitgebern sabotieren die Versicherung sogar durch Hinterziehung der Beiträge; sie schlagen überhöhte Beitragsleistung vor, um sich vor einem Notopfer der Besitzenden zu drücken, und sie erwägen schließlich in phantasievollen Nächten, eine Arbeitsdienstpflicht bei Hundeentlohnung zum höheren Nutzen des Kapitalismus einzuführen.

Feine Pläne. Aber die weitsichtigen Herren wollen mehr. Sie wünschen ein entnervtes, hungerndes Erwerbslosenheer. Sie meinen, wie ihr Professor W. Schneider so deutlich ausdrückt, daß eine Reservearmee nötig ist, „um, gewissermaßen als elastischer Puffer, die Anpassung an den Arbeitsbedarf, die Ausnutzung der Konjunktur zu gestatten".

Diese Reservearmee soll ihnen dienen, die Löhne der noch Arbeitenden zu drücken, die Sozialleistungen abzubauen und die Lastenverteilung zu ihren Gunsten zu ändern.

Sie sind robust und kämpfen energisch. Während sie auf der einen Seite

gegen die Arbeitslosen zu Felde ziehen, beginnt andererseits auch der Kampf um den Lohnabbau. Ueberall werden Verträge gekündigt, 10 und 15 Proz. Lohnabschlag verlangt, willfähige Schlichter bemüht und Stillegungen angedroht und durchgeführt.

Die Schwerindustrie, wie immer bei reaktionären Taten führend, gab die famose Parole aus: erst Lohn-, dann Preissenkung. Verschwiegen wird, daß die Verbilligung der übrigen Gestehungskosten eine Preisherabsetzung ohne Lohnsenkung sehr wohl möglich macht. Verschwiegen wird, daß die undurchführbare Lohnermäßigung Senkung der Massenkaufkraft nach sich zöge. Und verschwiegen wird auch, daß die Durchschnittsdividende die gleiche blieb, daß zahlreiche Industrien trotz Bilanzverschleierung und riesiger Abschreibungen größere Gewinne als bisher auswiesen.

*

Die Fronten sind klarer denn je: dort das Besitzbürgertum, im Schlepptau Bürgerblockparteien und Brüning-Regierung, während die just noch so radikalen Christlichen Gewerkschaften leisetreten; hier die Werktätigen und Arbeitslosen, geführt durch Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften.

Sie wollen Abbau der Arbeitslosenversicherung und dadurch Knechtung und Lohndruck der Arbeitenden. Sie treiben zudem eine die Ausfuhr schädigende, nutzlose Zollpolitik, subventionieren verkrachende Großagrarier, erhöhen den Wehretat und bauen das Steuersystem zu ihren Gunsten um.

Wir fordern Aufrechterhaltung der Leistungen, Ausdehnung der Krisenfürsorge und Notopfer der Besitzenden für den Augenblick; Wirtschaftsbelebung, geeignete Konjunkturpolitik, Anleihen für den Wohnungsbau als weitere Ziele. Wir fordern Hand in Hand damit die Verkürzung der Arbeitszeit nach dem Stande der heutigen Technik und die Beseitigung des Ueberstundenunwesens.

*

Wir sagten oben: es sei ein Kampf um die 76 Mk. Durchschnittsunterstützung entbrannt. Wir wollen erweitert hinzufügen: es geht nicht nur darum, ob diese 76 Mk. gezahlt werden und von wem. Es geht um mehr, um die Sozialversicherung und Sozialpolitik überhaupt.

Es geht um die Errungenschaften der Arbeiterbewegung und letzlich um den alten Kampf zwischen

Kapital und Arbeit,

den Kampf, den wir doch gewinnen werden, weil unser das Recht und die Menschlichkeit ist.

Schafft Arbeit!

Die deutschen Städte mußten im letzten Winter ihre weitreichenden Pläne für den Wohnungsbau zurückziehen, weil ihnen durch die Politik der Reichsbank bezw. der „Beratungsstelle" die Möglichkeit genommen wurde, das zum Bauen nötige Geld durch Anleihen aufzunehmen. Die Städte wären in der Lage gewesen, 500 000 bis 600 000 Menschen auf dem Baumarkt zu beschäftigen, wenn sie die dazu erforderlichen 2 Milliarden Mk. Anleihen bewilligt bekommen hätten.

Jetzt ist die Katastrophe da. Der Baumarkt liegt still, der Schlüssel zur besseren Konjunktur ist damit nicht benutzbar. Die Gemeinden haben kein Geld. Statt sie durch Anleihen in die Lage zu versetzen, Werte zu schaffen, sind sie gezwungen, die wenigen Mittel für die Wohlfahrtsfürsorge bereitzustellen.

Dieser kapitalistische Widersinn soll fortgesetzt werden, weil Privatwirtschaft und Großfinanz das Weiterbestehen der „Beratungsstelle" wünschen, weil sie die Kommunalwirtschaft schädigen wollen.

Fort mit diesem Zwang! Gebt den Gemeinden die Möglichkeit, Geld zu leihen, zu bauen, Arbeit und Brot zu schaffen.

*

Abgelehnt . . .!

Die Wohlfahrts-Etats der Gemeinden schnellen beängstigend in die Höhe. Schuld daran trägt in erster Linie der Zustrom ausgesteuerter Erwerbsloser. Während die Arbeitslosenversicherung wenigstens an den saisonmäßigen und konjunkturellen Erleichterungen Teil hat, steigt die Zahl der Wohlfahrserwerbslosen unaufhaltsam. Das bedeutet praktisch die Abwälzung der strukturellen Erwerbslosigkeit von der Reichsanstalt auf die Gemeinden.

Diese Entwicklung zieht schwere Folgen nach sich: Die Not der Erwerbslosen steigt infolge der geringeren Unterstützung, die Gemeinden brechen fast zusammen unter der finanziellen Last, und neben den staatlichen Verwaltungsapparat tritt ein gemeindlicher, der natürlich auch Kosten verursacht.

Es wäre Pflicht des Reiches, den Erwerbslosen und den Gemeinden zugleich zu helfen, die Einheitlichkeit der Erwerbslosenfürsorge wieder herzustellen und die Reichsanstalt zu sanieren. Ein wesentliches Mittel dazu ist der Ausbau der Krisenfürsorge. Die Sozialdemokraten beantragten deshalb im Haushaltsausschuß des Reichstages beim Etat des Arbeitsministeriums, den Gesamtbetrag für die Krisenunterstützung von 150 auf 225 Millionen zu erhöhen. Die Bürgerlichen lehnten den Antrag ab. Die Sozialdemokraten beantragten ferner, statt 55 Millionen jetzt 80 Millionen Mark für die wertschaffende Arbeitslosenfürsorge einzusetzen. Auch dieser Antrag wurde von den Bürgerblöcklern abgelehnt . . .!

*

Die Wohlfahrtserwerbslosen!

Tag für Tag scheiden Tausende von Erwerbslosen aus der Versicherung und Krisenfürsorge als „ausgesteuert" aus. Den Gemeinden fällt dann die große finanzielle Bürde zu, sie als Wohlfahrtserwerbslose weiter zu betreuen.

Ein Beispiel für die ungeheure Dauer der Erwerbslosigkeit, zugleich aber auch ein Beispiel für die überaus starke Beanspruchung der Gemeindekassen bietet die folgende Aufstellung. In Frankfurt a. M. waren von der Gesamtzahl der Unterstützten:

	1. 7. 1927	1. 10. 1929	1. 2. 1930
Wohlfahrtspflege	56 Proz.	39 Proz.	33 Proz.
Sozialrentner	31 Proz.	22 Proz.	20 Proz.
Kleinrentner	9 Proz.	4 Proz.	3 Proz.
Wohlfahrtserwerbslose	4 Proz.	35 Proz.	45 Proz.

Der Prozentsatz der Wohlfahrtserwerbslosen stieg hier in den 2½ Jahren um mehr als das Elffache. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen hat sich in diesem Zeitraum von 221 auf 8490 gesteigert, also um das Achtunddreißigfache!

Und so sieht es in vielen, ja in fast allen Städten aus.

*

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Wie sie sich ein Zentrumsblatt vorstellt.

An mehr oder minder guten Vorschlägen zu Behebung der Arbeitslosigkeit ist kein Mangel. Auch die Zentrumspresse weiß viel davon zu berichten. Freilich kann man da gewisse Nuancen beobachten. Was das Blatt der Christlichen Gewerkschaften schreibt, ist noch lange nicht die Meinung jener hochmögenden katholischen Blätter, die auf Arbeiterlose keine Rücksicht zu nehmen brauchen.

Die „Kölnische Volkszeitung" ließ sich von Prof. Dr. F. Schmidt-Frankfurt einen Beitrag zur Behebung der Arbeitslosigkeit schreiben: Dieser wackere Mann ist der Meinung, daß alles dahin tendiert, die Arbeitslosigkeit zu erhalten! Noch schöner. Mit verblüffender Logik weist er nach:

„Ursache (der Tendenz auf Erhaltung der Arbeitslosigkeit. D. R.) ist das zu einseitig und schiefgesehene Interesse der Arbeiterorganisationen, die sich... der Anpassung an veränderte Wirtschaftsverhältnisse widerstreben . . . Endgültig helfen kann nur eine planmäßige, auf Unterbringung der Arbeitslosen bedachte Lohnsenkung . . ."

Präziser hätte das die Deutsche Bergwerkszeitung oder irgend ein anderes Organ der Schwerindustrie auch nicht ausdrücken können. Die Gewerkschaften sind schuld an der Arbeitslosigkeit, sie müssen in Lohnsenkungen einwilligen, dann ist alles gut. Ein feines Rezept, würdig einer vornehmen Zentrumszeitung. Ist das wohl auch die Meinung der christlichen Arbeiter?

Die Tatsache, daß nun auch **Zentrumsblätter** in den Chor der Unternehmerblätter nach **Lohnabbau** einstimmen, wird man sich merken.

Arbeitslos!

Und so treiben es die Hakenkreuzler!

„Menschen-Export"

Es blieb den Nationalsozialisten vorbehalten, das dümmste aller neueren deutschen Schlagworte, das vom „Menschenexport", zu erfinden. Sie haben es bei ihrer Agitation für das Hugenbergsche „Volksbegehren" weidlich ausgeschlachtet und manchen Leichtgläubigen eingefangen.

Der Young-Plan ist in Kraft getreten, die Arbeitslosigkeit hat kaum nachgelassen, und trotzdem ist weit und breit von einem „Menschenexport", von der „Auslieferung deutscher Sklaven an die Gegner" nichts zu sehen. Die Lüge ist zwar durch die Praxis widerlegt, aber was macht das den ehrenwerten Hakenkreuzlern aus, der Zweck der Verhetzung wurde ja erreicht.

Selbstverständlich bemühen sich die deutschen Behörden, den Erwerbslosen Arbeitsmöglichkeiten nachzuweisen, wo es auch sei, selbst im Ausland. Ueberflüssig zu sagen, daß von einem „Export", von einer Zwangsverschickung keine, aber auch gar keine Rede sein kann. Trotzdem stammt natürlich die alte Verleumdung bei jeder Gelegenheit wieder auf.

So hatte kürzlich die „Rheinische Industrie- und Handelszeitung" nach der Feststellung der katastrophalen Lage auf dem Arbeitsmarkt und der betrübenden Aussicht, daß auch für die nächste Zukunft keine Besserung zu erhoffen sei, geschrieben:

„Die Frage dürfte berechtigt sein, ob nicht die Möglichkeit besteht, diese Unsumme auf vorerst unabsehbare Zeit brachliegender Arbeitskraft wenigstens zu einem Teil auf außerdeutschen Arbeitsmärkten einzusetzen."

Diese Erwägung gibt dem „Völkischen Beobachter" erneut Gelegenheit, erregt zu schlußfolgern, der arbeitslose Deutsche werde demnächst „gehandelt, angeboten und börsenmäßig notiert".

Nazis als Menschenexporteure!

Die Nazis sollten mit der Lüge vom Menschenexport etwas vorsichtiger sein. Sie sind nämlich diejenigen, die diesen Export am eifrigsten selbst pflegen:

Kürzlich wurde durch ein Inserat im „Stahlhelm" bekannt, daß ein gewisser Werner Münch Arbeiter nach Frankreich suche. Dieser Menschenexport-Münch ist langjähriger, aktiver — Nationalsozialist! Der brave Hakenkreuzler, der sicher noch vor einem halben Jahr mit dem Feldgeschrei vom Sklavenhandel hausieren gegangen ist, stellte in einem Brief ganz kühl fest, daß er diese Arbeitsvermittlung betreibe, weil er sich immer noch selbst der Nächste sei und verdienen müsse. Im übrigen hätten es die Arbeiter drüben besser als hier. Zwar sei es strafbar, „die Sache öffentlich zu betreiben", aus diesem Grund habe er aber immer nur Stahlhelmer verlangt.

Die Theorie dazu.

Zu diesem praktischen „Menschenexport" liefert ein anderer Hakenkreuzler die Theorie. Dr. W. Riehl, der Verteidiger der Schattendorfer Arbeitermörder und bekannte Theoretiker des Nationalsozialismus, schreibt in der „Deutschösterreichischen Tageszeitung":

„Der Vorschlag, eine Verquickung der Arbeitslosenunterstützung mit der Arbeitspflicht, erscheint grausam; bevor aber alles zugrunde geht, ist er als Nothehelf einfach unabweisbar. Ja, ich gehe so weit, zu sagen, daß solche Gruppen von Arbeitslosen von Staats wegen an Länder ausgeliefert werden könnten (Türkei usw.), die aufnahmefähig sind."

Solche Forderungen schlagen alles, was bisher über Arbeitsbeschaffung im Ausland geplant ist, um Längen. In keiner sozialistischen Versammlung oder Zeitung ist je auch nur im entferntesten solch Vorschlag diskutiert worden.

Die Zwangsverschickung deutscher Arbeiter nach Asien „usw." von Staats wegen zu fordern, das blieb den Hakenkreuzlern vorbehalten, die damit eine hübsche Illustration zu ihrer „Menschenexport"-Lüge liefern.

*

Nazi-Praxis!

Die Frick-Regierung in Thüringen hat zwei Staatsbetriebe stillgelegt und damit 700 Menschen die Arbeit genommen. Die Sozialdemokraten beantragten daraufhin im Landtag, Stillegungen von Staatsbetrieben nicht mehr vorzunehmen und für Notstandsarbeiten zu sorgen. Diese Anträge wurden von den Bürgerlichen und den — Nationalsozialisten strikt abgelehnt.

*

Die Gothaer Hakenkreuzler, die bei den letzten Stadtwahlen gesiegt haben, zeigen jetzt ihr wahres Gesicht. Das Wohlfahrtsamt in Gotha hat unter ihrem Einfluß dem größten Teil der Unterstützungsempfänger angekündigt, daß sie von jetzt ab keine Unterstützung mehr bekommen könnten.

*

Die Ortsgruppe Stade des Stahlhelms erklärte in einem Rundschreiben, daß der Stahlhelm Arbeitslose in seinen Reihen nicht dulden kann.

*

Das Grenzlandamt der Hitler-Jugend sucht freie Landarbeiterstellen für ausländische Faschisten und schreibt in dem betreffenden Rundschreiben: „Die erwerbslose Stadtjugend nimmt ohnedies ungern Arbeit auf dem Lande an, und die Landwirte nehmen die Großstadtjugend, die oft verwöhnt und anspruchsvoll ist, nicht gern."

*

Im mecklenburgischen Landtag beantragten die Sozialdemokraten zur Linderung der Erwerbslosennot für Chausseebauten, Bau von Landarbeiterwohnungen usw. Mittel zu bewilligen. Der Rechtsblock lehnte dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm mit Hilfe der Nationalsozialisten ab!

„Gerade Linie auf bolschewistische Art"

Sofort nach dem mißglückten 1. Februar gab das Zentralkomitee der KPD. die Losung heraus, auf bolschewistische Art den Kampf gegen Entlassungen, Stillegungen und Maßregelungen zu führen. Zur Organisierung und Durchführung dieser Parolen wurden besondere Instrukteure ins Reich gesandt.

Unter allerhand schönen Parolen wurden daraufhin die „Erwerbslosenwehren" gebildet, um sich angeblich gegen die überhandnehmenden Ueberfälle der Nazis auf den Stempelstellen zu wehren.

Nachdem aber auch diese mangels Mitwirkung der tatsächlich Erwerbslosen versagten, fand die „Rote Fahne" plötzlich am 15. Mai 1930, daß die Erwerbslosenwehr eine militärische Spielerei sei und dem Unglauben an die Möglichkeit revolutionären Massenkampfes entspringe. — Darauf gab sie die neue Parole bekannt: Aktionsgruppen in den Stempelstellen. So kann es wieder von vorn beginnen: Parole, Instrukteure, mißlungene Aktionen, die verführten Teilnehmern nutzlos schweren Schaden bringen, Feststellung, daß die alte Parole falsch war, und dann wieder eine neue Parole, und weiter so in ununterbrochener Folge . . .

*

Wer bezahlt die Kosten dieser Wahnsinnspolitik?

Wie groß und kostspielig der von der Zentrale der KPD. aufgezogene Apparat zur Verführung der Erwerbslosen ist, geht daraus hervor, daß Anfang März 1930 von dem Oberkommunisten Paul Merker festgestellt werden konnte, daß eine regelmäßige Erwerbslosenpresse erscheine mit einer Auflage von 140 000 Stück. Ueber ganz Deutschland arbeiten in 22 Bezirksausschüssen angestellte Parteifunktionäre mit einem Stabe gleichfalls fest angestellter Hilfskräfte.

*

So urteilen Kommunisten über Kommunisten.

Die „Arbeiterpolitik", Leipzig, ein kommunistisches Organ, schreibt am 10. Januar 1930:

„Die Erkenntnis dämmert auch bei vielen Erwerbslosen bereits. Sie sehen ein, daß Demonstrationen, an denen nur ein kleiner Bruchteil der Arbeitslosen teilnimmt, die nur von der KPD. geführt werden, weder von den Bürgerlichen noch von den Reformisten ernstgenommen werden. Die Folge ist immer die Ablehnung aller Forderungen der Erwerbslosen. Hat das Schimpfen auf die „Sozialfaschisten", haben die Herauswürfe der Kommunisten schon dazu geführt, die Erwerbslosen mehr heranzudringen und die Bewegung so zu steigern, daß die Forderungen erfüllt worden wären? Nein! Bourgeoisie und Reformisten freuen sich über derartiges Theater. Dieses Kraftmeierium hat bisher noch in keinem Falle den Erwerbslosen geholfen. Freilich können sich diese „Revolutionäre" hinstellen und sagen: „Wir haben uns von der Polizei für die Arbeitslosen herauswerfen lassen." Sie sind „Märtyrer". Der Hunger der Ausgestoßenen und ihre elende Behandlung, ihr Elend aber steigt von Woche zu Woche immer mehr, trotz dieser „Märtyrer"."

*

Wie steht es mit dem Kampf der KPD. gegen die Nazis?

Die offizielle Korrespondenz der Nazis stellt sich mit einer ausdrücklichen Bekräftigung hinter folgende Pressenotiz:

„Dieser Tage veranstalteten in Ingolstadt in Bayern Kommunisten und Hitler-Partei zusammen eine sogenannte Erwerbslosendemonstration. Ein ähnlicher Vorgang wird jetzt aus Schleswig bekannt. Auch dort fanden sich Kommunisten und Nationalsozialisten zu einem gemeinsamen Demonstrationszug durch die Stadt zusammen. An der Spitze marschierten der Kreisführer der Nazis, Meyer-Quade, und der dortige KPD.-Häuptling Janson . . . Eine niedliche Illustration zu dem kommunistischen Schlachtruf: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!"

*

Das aber ist der wirkliche KPD.-Erfolg!

Die arbeitgeberfreundliche „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 3. Februar 1930 schreibt:

„Die Kommunisten müssen verhindern, daß die Sozialdemokratie übermächtig wird; sie sind für den bürgerlichen und kapitalistischen Staat so lange ein wertvolles Werkzeug, als sie als Pfahl im Fleische der Sozialdemokraten wirken."

Deutlicher kann das Treiben der Kommunisten nicht beurteilt werden!

Baden-Württemberg
BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK